

- Guido Rappe (Kiel): "Indonesische Leib-Schemata. Zum Kulturvergleich zwischen europäischem und asiatischem Denken"
- Friederike Platzdasch (Bremen): "Tiurai - das große Tanz- und Kulturfestival in Tahiti"
- Martin Ramstedt (München): "Selbstbehauptung einer Minorität: die Pasek von Sangkaragung (Jembrana) im modernen Bali"
- Klaus Schreiner-Brauch (Hamburg/Offenburg): "Nationalismus und Personenkult im indonesischen Geschichtsverständnis"
- Marion Struck-Garbe (Hamburg): "Die Reflexion von Identität in der Literatur Ozeaniens seit 1960 - Vorstellung eines Projekts"
- Patrizia Wackers (München): "Ana Kalo - zur Textanalyse eines Ursprungsmythos aus Lio/Mittelflores"
- Anke Weihmann (Braunschweig): "Walter Spies und die Künstlergruppe 'Pita Maha' auf Bali (1927-42)"
- Gerd R. Zimmermann (Braunschweig): "Die ökologischen Kenntnisse der Protomalaien und deren Bedeutung für die Besiedelung Südostasiens"
- Thomas Zschoke (Köln): "Theater und soziale Arbeit in Indonesien".

- 1) Vgl. zum Beispiel die Diskussionen in **Journal of Asian Studies**: "Symposium on Chinese Studies and the Disciplines" (*JAS*, 23 (1963/64) 1-4, S. 501-538, bzw. 24 (1964/65) 1-3, S. 109-114).
- 2) A. Bormann, A. Graf, M. Meyer u. M. Voss (Hrsg.): **Südostasien und Wir. Grundsatzdiskussion und Fachbeiträge. Tagung des Arbeitskreises Südostasien und Ozeanien Hamburg 1993**, Hamburg: LIT, 1994 (Reihe "Austronesiana. Studien zum austronesischen Südostasien und Ozeanien" des Seminars für Indonesische und Südseesprachen der Universität Hamburg und des Malaiologischen Apparats der Universität zu Köln, Hg. Rainer Carle und Peter W. Pink, Bd.1).

Arndt Graf

"Der schlanke Staat: Staatstätigkeit und Steuerung in Japan"

6. Jahrestagung der Vereinigung für Sozialwissenschaftliche Japanforschung

Berlin, Japanisch-Deutsches Zentrum, 01.-03.12.1993

Vom 1.-3. Dezember 1993 fand in Berlin eine wissenschaftliche Tagung zum Thema "Der schlanke Staat: Staatstätigkeit und Steuerung in Japan" statt. Veranstaltet wurde sie von der "Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung", einem Zusammenschluß von WissenschaftlerInnen und anderen Japanexperten, die sich mit sozialwissenschaftlichen Fragestellungen des modernen Japan im weitesten Sinn beschäftigen.

Die Jahrestagung profitierte von der Vielzahl der Bereiche, die unter dem Stichwort "schlanke Staat" diskutiert wurden, angefangen von den historischen Aspekten der Staatstradition der Konstituierungsphase des modernen Japan in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts bis hin zu den Privatisierungstendenzen im Sozial-, Forschungs- und Wirtschaftssektor. Die Anlage des Themas spiegelt - wie auch schon bei den vorangegangenen Tagungen - die Struktur der Mitglieder der Vereinigung wieder, die aus einem breiten Spektrum von Disziplinen kommen, angefangen von der Ökonomie bis hin zu Erziehungs- und Religionswissenschaften. Durch die Teilnahme einer Reihe von Interessierten, die nicht der "Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung" angehören, wurde dabei die Relevanz des Themas über den engeren Kreis der Japan-ExpertInnen hinaus deutlich.

Einleitend entwarf Gesine Foljanty-Jost (Universität Halle), die zusammen mit Anna Maria Thränhardt (Universität Bochum) die Tagung konzipiert und vorbereitet hatte, mit ihren konzeptionellen Überlegungen zum Thema "Schlanker Staat" einen Gesamtrahmen für die folgenden Beiträge. Sie wies auf das Dilemma hin, daß der Staat gegenwärtig mit einer zunehmenden Breite von Anforderungen konfrontiert ist, aber aufgrund der wirtschaftlichen Situation über weitaus weniger Ressourcen verfügt, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Japan - so scheint es zumindest auf den ersten Blick - hat dieses Dilemma verhältnismäßig effektiv durch eine Reduzierung der Staatsausgaben gelöst, ohne dadurch Legitimations- und Effizienzverluste hinnehmen zu müssen.

Die Referentin diskutierte die Ursachen hierfür entlang folgender Dimensionen von Staatstätigkeit: *Erstens* fragt die historische Dimension nach den geschichtlichen Bedingungen, unter denen die Herausbildung des modernen japanischen Staates geschehen ist. Die programmatische Dimension bezieht sich *zweitens* auf das Selbstverständnis des japanischen Staates als liberalem Handelsstaat und hat die Legitimität und Akzeptanz der Regierung zum Thema. Die Legitimität des "schlanken Staates" entspringt der Übereinstimmung vom Selbstverständnis des Staates mit dem Willen des Wählers und der Interessenverbände. Die funktionelle Dimension geht *drittens* der Frage nach, welche Funktionen sich aus diesem Selbstverständnis ableiten lassen. Für Japan nannte die Referentin insbesondere die Orientierungs-, Organisations- und Vermittlungsleistung des Staates. Als charakteristisches Kennzeichen der institutionellen Dimension wurde *viertens* die Durchlässigkeit des politischen Systems in Japan genannt. *Fünftens* wurde im Hinblick auf die personelle Dimension die auffallend geringe Zahl des Personals im öffentlichen Dienst nicht nur durch die Qualität, Homogenität und Leistungsbereitschaft der Verwaltung erklärt, sondern auch darauf zurückgeführt, daß sich der Staat in bestimmten Politikbereichen Entlastung durch Delegation an nichtstaatliche Akteure, beispielsweise gesellschaftliche Gruppen oder die Privatwirtschaft, verschafft.

Unter der Überschrift "Legitimation staatlicher Macht: Das Erbe der 'kokutai'-Ideologie" ging Klaus Antoni (Universität Trier) daran anschließend auf die historische Dimension ein. Der Referent wies nach, daß die Neujahrsansprache des Showa-Tenno von 1946 in deutlicher Anknüpfung an die kaiserliche Eidescharta von 1886 formuliert war und inhaltlich starke Elemente der Idee der unzerstörbaren Verbindung von Kaiser und Volk enthielt. In beiden Dokumenten spiele die Zukunft des *kokutai* eine Schlüsselrolle, für dessen begriffliche Wiedergabe Antoni den englischen Terminus "national polity" heranzog. Abschließend wies der Referent darauf hin, daß auch in der japanischen Gesellschaft der Gegenwart die moralischen Elemente, die den sittlichen Kern des "kokutai" ausmachen, noch stark erhalten seien.

"Die Rolle des Staates in Industrialisierung und Modernisierung" war das Thema, mit dem Erich Pauer (Japanzentrum Marburg) die von Antoni aufgezeigte Denkrichtung weiterführte. Er verwies in erster Linie auf das indirekte Einwirken des Staates auf die Gesellschaft durch die Formulierung von Zielen, die jedoch verhältnismäßig diffus gehalten seien. Sie seien im Gegensatz zu den im Westen vorherrschenden universalen Prinzipien nicht grundsätzlich zu verstehen, sondern würden flexibel angewandt und gegebenenfalls bei Mißerfolgen auch wieder über Bord geworfen oder abgeändert. Auch die oben zitierte Eidescharta des Meiji-Tenno sei eine Zielformulierung gewesen, die das Sammeln von Informationen als vom Staat vorgegebenes Ziel propagierte. Die Regeln, wie

dieses Ziel am besten erreicht werden könne, blieben dabei den gesellschaftlichen Akteuren selbst überlassen. Die Bildung der *nokai* (landwirtschaftliche Vereinigungen) in der Meijizeit sei ein Beispiel für die Umsetzung des vom Staat gesetzten Zieles der Informationsbeschaffung. Auch in den Wirtschaftsplänen der Nachkriegszeit lasse sich die Zielformulierung *gijutsu rikkoku* (Begründung des Staates auf technologischer Basis) verfolgen.

Der folgende Vortrag von Anna Maria Thränhardt (Universität Bochum) beschäftigte sich mit dem zentralen Politikfeld des Sozialbereichs und dem politischen Stellenwert sozialstaatlichen Handelns im gegenwärtigen Japan. Das staatliche Engagement im Sozialsektor war lange Zeit ausgesprochen zurückhaltend; Anfang der siebziger Jahre schien es jedoch, als ob sich nun eine Politik des Vorrangs sozialstaatlicher Prämissen durchsetzen würde. Zur Durchsetzung der infolge der ökonomischen Stagflation nach der Ölkrise notwendig gewordenen Einsparungen gelang der japanischen Regierung eine Delegation von Aufgaben an andere gesellschaftliche Akteure: die private Wirtschaft, eine gezielt von oben her initiierte und geförderte Freiwilligenbewegung, traditionalistische Nachbarschaftsstrukturen (*jichikai/chonaikai*) sowie die kleinste soziale Einheit, den Haushalt (*ie*). Die Referentin hob besonders hervor, daß sich der Staat schaffen konnte in erster finanzielle Entlastung Linie auf dem Rücken der Frauen Japans schaffen konnte, die sowohl als Freiwillige als auch in Nachbarschaft und Haushalt die Hauptlast der unbezahlten Arbeit trügen. Im grundsätzlichen Gegensatz zur Situation in den westlichen Ländern stehe die größere Akzeptanz dieser Situation in der Bevölkerung. Ein wichtiges Faktum für die Frauen sei dabei die große gesellschaftliche Anerkennung ihrer Rolle. Abschließend hob die Referentin hervor, daß es in Japan im Zuge der finanziellen Restriktionen der achtziger Jahre nicht zu einer Legitimationskrise des Staates gekommen sei, weil im Zentrum staatlicher Legitimationsbemühungen nicht die sozialstaatliche Umverteilungsfunktion stünde, sondern der wirtschaftliche Erfolg und die Bezahlbarkeit von Sozialprogrammen. In diesem Zusammenhang sei ein wesentlicher Faktor für die erfolgreiche Bewältigung der Krise gewesen, daß es der konservativen japanischen Regierung in Zusammenarbeit mit Wirtschaftskreisen gelungen sei, der Bevölkerung das sozialpolitische Problem der "alternden Gesellschaft" in einem extensiv über die Medien vermittelten "pädagogischen Diskurs" verständlich zu machen und sie zur Beteiligung an der Beseitigung dieser Krise zu motivieren.

Katrin Köster und Harald Dolles (beide Universität Erlangen-Nürnberg) beschäftigten sich im folgenden Referat unter dem Titel "Der Rückzug des Staates - Zur Privatisierung der japanischen Staatsbahn" mit einem zur Zeit auch in unseren Medien vielbeachteten Thema, das jedoch erstaunlicherweise in der wissenschaftlichen Literatur bisher kaum behandelt wurde. Mit Hilfe der "Principal-Agent"-Theorie analysierten die Referenten die Privatisierung, die seit 1987 von der Regierung betrieben wurde. Kritisch stellten sie an den Anfang ihres Referates die Frage, ob der japanische Staat wirklich so schlank sei, wie er sich selbst darstelle. Überraschenderweise verneinten die Referenten diese Frage für den von ihnen untersuchten Bereich: Zwar seien nach der Privatisierung und organisatorischen Aufsplitterung der Staatsbahn in mehrere Einzelgesellschaften ihre Effizienz und ihre Produktivität in einigen Bereichen erhöht, doch zahle der Staat weiterhin Subventionen an die weniger ertragreichen Strecken. Letztendlich wende die öffentliche Hand nach der Privatisierung mehr Geld auf als vorher. Von einer erfolgreichen Verschlinkung des Staates könne deshalb nicht gesprochen werden. Der Rückzug des Staates sei ökonomisch gesehen höchstens ein "Quasi-Rückzug" durch kurzfristige Umschuldungsmaßnahmen.

Ein für Japan besonders wichtiges Thema behandelte Hartmut Deyda (BMFT Bonn) unter dem Titel "Die Rolle des Staates in der Forschungspolitik". Einleitend wies der Referent darauf hin, daß die japanischen Forschungsausgaben - gemessen am Bruttosozialprodukt - weltweit am höchsten seien und Japan seinen Wohlstand dem technischen Fortschritt verdanke. Die Bedeutung von Forschung für die wirtschaftliche Entwicklung sei schon früh erkannt worden, da Japan als rohstoffarmes Land in besonderem Maße auf sie angewiesen sei. In absoluten Zahlen würde in Japan das Doppelte von dem aufgewendet, was in der Bundesrepublik hierfür ausgegeben werde. Dabei würden Imitation und Innovation gleichermaßen als Voraussetzung für wissenschaftliche Entwicklung gesehen. Der Referent hob hervor, daß die Rolle des MITI nicht, wie häufig vermutet, in der Finanzierung von industrieller Forschungstätigkeit liege, sondern in der Regel nur in der Organisation von Forschungsgruppen, deren Mitglieder konkurrierenden Industrieunternehmen entstammten und von den entsendenden Unternehmen finanziert würden. Wichtiges Charakteristikum ihrer Arbeit sei ihre anwendungsorientierte Vorgehensweise. Diese Institute auf Zeit seien gut funktionierende und effektive Instrumente zur Zusammenführung und Vernetzung der Forschungstätigkeit von Industrie und Universitäten.

Zu entgegengesetzten Ergebnissen kam der folgende Vortrag von Winfried Flüchter (Universität Duisburg) unter dem Titel "Der planende Staat: Raumordnungspolitik und ungleiche Entwicklung". Der Referent betonte, daß im Bereich der Raumplanung eine "laissez-faire"-Attitude vorherrsche, die einen Staat zeige, der durch einen Mangel an Steuerungsfähigkeit und Effizienz gekennzeichnet sei. Das Grundproblem in diesem Bereich sei die Disparität der Ziele zwischen dem gesellschaftlich akzeptierten gesamtwirtschaftlichen Erfolgsprinzips auf der einen Seite und raumordnungspolitischen Zielsetzungen, die eine möglichst weitgehende Gleichheit in der Entwicklung anstrebten, auf der anderen Seite. So sei es beispielsweise zu einer Reihe von Fehlplanungen gekommen, indem flächenintensive Projekte im Metropolbereich statt in schwächer entwickelten Gebieten angesiedelt worden seien. Gründe hierfür lägen zum einen in der zu starken Zentralisierung der Gesamtstruktur, zum anderen auch im institutionellen Bereich: Es fehle eine mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattete zentrale Planungsbehörde. Offen bliebe die Frage, warum der Bürger sich mit einer solchen inkompetenten Politikgestaltung zufrieden gäbe.

Der abschließende Vortrag von Volker Furth (Universität Halle) wandte sich unter dem Titel "Reform des politischen Systems als Daueraufgabe" der konzeptionellen Ebene des neueren Staatsverständnisses zu und skizzierte die in den Vorschlägen zur politischen Reform dargestellten Staatsvorstellungen von drei gegenwärtig zentralen politischen Persönlichkeiten, nämlich Hosokawa, Ozawa und Omae. Der Referent betonte, daß es sich um ein altes, immer wieder diskutiertes Thema handle, das durch den Machtwechsel im Sommer letzten Jahres allerdings neue Brisanz erhalten habe. Er setzte die von Ozawa vertretene stärker an neoliberalen Vorstellungen orientierte Vision eines Staates der des neuen Premierministers Hosokawa gegenüber, bei dem wohlfahrtsstaatliche Perspektiven eine größere Rolle spielten.

Die sich anschließende Schlußdiskussion mit den beteiligten Referenten unter Leitung von Paul Kevenhörster (Universität Münster) hatte die Aufgabe, die Ergebnisse der Einzelbeiträge im Zusammenhang zu diskutieren. Die zentrale Fragestellung "Schlanker Staat - Effizienz ohne Legitimitätsverlust?" wurde in drei Blöcken diskutiert: Erstens, was ist der "schlanke Staat"? Zweitens, wie können wir den "schlanken Staat" erklären? Drittens, wie können wir den

"schlanken Staat" komparativ verarbeiten? Die abschließende Zusammenfassung des Diskussionsleiters hob die große Attraktivität des japanischen Staatsmodells für die komparative Diskussion hervor, insbesondere in Zeiten, die weltweit durch das Problem leerer Kassen der öffentlichen Hand gekennzeichnet sei.

Im Herbst 1994 wird unter dem Titel *Der schlanke Staat Staatstätigkeiten in Japan* eine Veröffentlichung im Verlag Leske und Budrich erscheinen, die die Ergebnisse dieser Tagung, ergänzt um eine Reihe weiterer Beiträge zum Thema, einer größeren interessierten Öffentlichkeit zugänglich machen soll.

Anna Maria Thränhardt

Aufstieg aus der 3. Welt? Entwicklungsstrategien und Menschenrechte in Südostasien

5. Südostasienkonferenz der Südostasien-Informationsstelle

Bochum, 11.-13. Februar 1994

"Aufstieg aus der 3. Welt?" Unter dieser Leitfrage kamen rund 90 Männer und Frauen aus den Bereichen Hochschule, Medien und Nicht-Regierungsorganisationen zur 5. Südostasienkonferenz in Bochum zusammen. Im Zentrum der inhaltlichen Diskussion standen jeweils zwei Vorträge von Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik und aus Südostasien:

- "Weltwirtschaftliche Transformationsprozesse und Regionalentwicklung in den Schwellenländern Südasiens", Dr. Ludwig Schätzl, Hannover;
- "Nationales Wirtschaftswachstum - Regionale Ungleichheiten - Lokale Handlungspotentiale", Dr. Heiner Dürr, Bochum;
- "Asian Economies - Development, Democracy and the Future", Dr. Chandra Muzaffar, Penang;
- "The Policy of Economic Change in Southeast Asia: The Vietnamese Experience", Dr. Nguyen Ngoc Bich, Ho-Chi-Minh-Stadt.

In den sich anschließenden Debatten wurde nicht allein über die Frage diskutiert, ob einige Länder Ost- und Südasiens tatsächlich den Aufstieg in die Liga der sog. Schwellenländer geschafft haben, sondern auch, unter welchen Bedingungen diese Entwicklung stattgefunden hat. Die Referenten sowie die meisten der aus Deutschland und einigen Nachbarländern angereisten Teilnehmer waren sich darüber einig, daß sich in den vergangenen Jahren tatsächlich ein unter einigen Gesichtspunkten positiv zu bewertender Entwicklungsprozeß vollzogen hat. Als erfolgreich wird dieser Prozeß vor allem deshalb angesehen, weil er zur Zurückdrängung der absoluten Armut, zur Steigerung des Einkommens großer Gruppen der Bevölkerung, zur Verbesserung des Bildungswesens und zum Aufbau einer Basisgesundheitsversorgung beigetragen hat. Unzweifelhaft ist die Tatsache enormer jährlicher Wachstumsraten von 5 - 10% in den Volkswirtschaften Südkoreas, Taiwans, Hongkongs und Singapurs. Ähnliche Zuwachsraten des Wirtschaftswachstums wurden in den vergangenen Jahren auch in den Ländern Malaysia, Thailand und, in geringerem Maße, in Indonesien und in den "Freien Produktionszonen" der VR China verzeichnet.

Erreicht wurde dieser Wachstumsschub, wie Ludwig Schätzl, Wirtschaftsgeograph von der Universität Hannover, ausführte, durch eine konsequente, staatlich koordinierte Wirtschaftspolitik, die die Rahmenbedingungen für das privatwirtschaftliche Engagement setzt. Die Strukturpolitik dieser Länder war und ist auf die Optimierung der Standortbedingungen und der Weltmarkt-